

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION

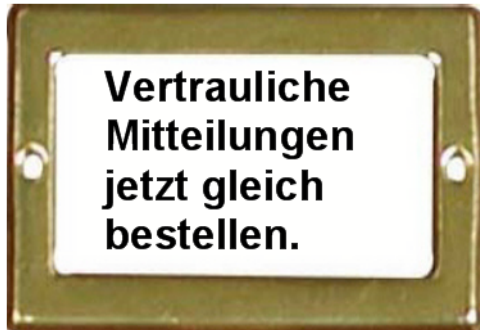
D-78266 BÜSINGEN

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand-OHG
Vertrauliche Mitteilungen · D-78266 Büsingen



Proben-Nr.  Lese-Probe
Bitte bei jedem Schriftverkehr angeben

78266 BÜSINGEN, DEN 02.11.2015
1. kostenloses Probeexemplar

Sehr geehrter  Lese-Probe

vielen Dank für Ihr Interesse an unserem wöchentlich erscheinenden Informationsdienst!

Mit dieser kostenlosen Probezusendung der „VERTRAULICHEN MITTEILUNGEN“ können die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt werden.

Kompetente Berichte über Politik, Wirtschaft und Geldanlage zeigen Ihnen die neuesten Trends. Kompakte Informationen aus vertraulichen Quellen und internationalen Veröffentlichungen geben Ihnen einen stets schnellen und detaillierten Überblick über die entscheidenden Themen unserer Zeit. Und Ihre Geschäftspartner, Kunden und Freunde werden sich in Zukunft fragen, woher Sie diese exzellenten „Insider-Informationen“ wohl haben.

Es ist ein Erfolgsrezept mit langer Tradition: Bereits **1951** erschien die erste Ausgabe der „VERTRAULICHEN MITTEILUNGEN“. Und wir hoffen, Sie mit dieser Probeausgabe ebenso überzeugen zu können wie unsere zahlreichen Kunden in aller Welt. Damit Sie stets besser informiert sind als andere!

Auch in der nächsten Woche können Sie sich kostenlos und völlig unverbindlich von den Vorteilen unseres Informationsdienstes überzeugen.

Damit Ihnen aber auch danach keine Ausgabe entgeht, sollten Sie sich schon jetzt mit der beiliegenden Postkarte ein Abonnement sichern. **Gerne dürfen Sie darauf auch die gewünschte Laufzeit angeben.**

Und hier gleich unser erster Tipp: Die monatlichen Abonnementsgebühren können Sie mit Zustimmung ihres Finanzamtes als Werbungskosten oder Betriebsausgaben geltend machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Team der

„VERTRAULICHEN MITTEILUNGEN“

i. A. J. Corcluc

Wenn Sie künftig unsere interessanten Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen.

Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand-OHG · Sitz: Stemmerstraße 91 · 78266 Büsingen · Amtsgericht Freiburg · HRA 540894
Geschäftsführende Gesellschafter: Erika Schröder, Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann · Sparkasse Engen-Gottmadingen IBAN: DE11 6925 1445 0008 1044 40 · BIC: SOLADES1ENG

Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind – außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit – ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN
D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61
TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12
TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

IG Metall-Chef Jörg Hofmann fordert von den Arbeitgebern, Mitarbeiter, deren politische Gesinnung ihm nicht passt, zu entlassen. Mitarbeitern, die beispielsweise im Internet in persönlichen Foren etc. Inhalte veröffentlichen, die dem derzeitigen Umvolkungsprogramm der Bundeskanzlerin mit ihrer breiten Koalition aus Funktionären und internationalen Konzernen widerstreben, soll gekündigt werden dürfen. Dagegen sollen Asylforderer – auch ohne Rechtsanspruch auf Asyl – bevorzugt von den Arbeitgebern in Lohn und Brot gestellt werden.

Schon glaubten wir, daß derartige Diskriminierungen seit 70 Jahren in Deutschland nicht mehr möglich seien. Umso schockierender ist nun, daß Gewerkschaftsspitzenfunktionäre, die selbst die Bodenhaftung zu ihren Mitgliedern verloren zu haben scheinen, sich politisch einseitig positionieren und die Verfassung derartig mit Füßen treten. Eigentlich ist die Meinungsfreiheit so bedeutend für eine Demokratie, daß sie entsprechend dem Grundgesetz an vorderster Stelle garantiert sein sollte.

Daß Funktionäre ohne demokratische Legitimation nun dieses Grundgesetz derart mißachten und zur Diskriminierung von Menschen wegen ihrer politisch anderen Ansichten aufstacheln, ist eigentlich schon Skandal genug. Noch schlimmer ist aber, daß der Generalbundesanwalt derart verfassungsfeindliches Verhalten des IG Metall-Vorsitzenden weder anklagt noch durch die Presse ein Sturm der Entrüstung feigt. Nicht zuletzt durch die Äußerungen von RTL-Moderator Günter Jauch, der Kritik an der Flüchtlingspolitik in der Presse verschwiegen haben möchte, scheint eine politisch einseitige Zensur der Presse in selbiger hoffähig geworden zu sein.

Die Bevölkerung akzeptiert dieses ihr gegenüber schädliche Verhalten dagegen immer weniger. Sichtbar wird dies bereits durch die steigende Ablehnung der Mainstream-Medien, die sinkende Akzeptanz der politischen Funktionäre und die wachsende Zahl von Demonstranten gegen die politische Agenda der großen Koalition. Zu Recht fürchten nun die Verfassungsorgane, daß die bürgerliche Mitte sich nicht nur von der Politik abwendet, sondern sich zunehmend organisiert, um diese ihr feindlich gesonnene Politik zu verändern. Das Resultat könnten politische Gruppierungen sein, in die die herrschenden Kreise nicht ausreichend Personal entsenden und somit kaum mehr als den normalen demokratischen Einfluss ausüben können. Mit Angela Merkels offenem Bekenntnis zum Austausch der deutschen Bevölkerung scheint sie nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der eigenen Partei immer mehr Wut und Verzweiflung auszulösen. (eh)

2 **London und Peking . . .**

Schon im Vorfeld des kürzlichen London-Besuchs des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping war nicht zu übersehen, wie sorgfältig sich das Königreich auf diesen Besuch vorbereitete. Längs der Prachtstraße „The Mall“, die vom Trafalgar Square zum Buckingham Palace führt, hingen abwechselnd britische und chinesische Fahnen und die Menge, und Aufstellung der Absperrgitter ließ erahnen, daß möglichst viele Briten dem chinesischen Staatschef zuzubeln sollten. Die britische Regierung unternahm mit anderen Worten alles, um ihren Gast zu beeindrucken,

Dazu gehörte auch, daß Xi Jinping vor beiden Häusern des Parlaments sprechen durfte, allen wichtigen Mitgliedern der königlichen Familie begegnete und schließlich sogar gemeinsam mit seiner Ehefrau eine Nacht im Buckingham Palace nächtigte. Es war eine Vorzugsbehandlung, die Xi zuteil wurde, weil die britische Führung fest entschlossen ist, ihr Land zu Chinas „bestem Partner im Westen“ werden zu lassen. Das bedeutet zunächst einmal, daß möglichst viele chinesische Investoren Großbritannien für sich und ihre Geschäfte entdecken sollen. Dabei schreckt man auch nicht vor Projekten zurück (z.B. Kernkraftwerke oder Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecken), bei denen manche britische Beobachter vor einer allzu engen Einbindung eines nicht-demokratischen Staates deutlich warnen. Doch die Regierung von David Cameron ficht dies nicht an. Man glaubt dort unverdrossen, ein „goldenes Zeitalter“ der britisch-chinesischen Beziehungen einläuten zu können.

Dabei ging der gegenwärtigen Charme-Offensive eine 18 Monate währende Eiszeit voraus. Nachdem Cameron in London den Dalai Lama, das geistige Oberhaupt der Tibeter, mit allen Ehren empfangen hatte, froh China seine Beziehungen zur britischen Regierung weitgehend ein. Für neues Tauwetter sorgte schließlich erst im September Finanzminister George Osborne, als er für fünf Tage durch China reiste, um dort für Investitionen in Großbritannien und die Dienste britischer Finanzdienstleister warb. Dabei formulierte Osborne ganz offen das Ziel, China zu einem der wichtigsten britischen Handelspartner zu machen. Daß die britische Seite dabei genauso wie später beim Staatsbesuch das Thema Menschenrechte geflissentlich mied, wurde und wird von der staatsstreuen chinesischen Presse überschwänglich gelobt.

In Großbritannien sieht man dies in weiten Teilen der Opposition und in den diversen Menschenrechtsgruppen naturgemäß anders. Dort kritisiert man den auf wirtschaftspolitische Fragen reduzierten Gesprächsumfang deutlich . . . (tb)

3 **„Flüchtlings-Pässe“**

Die afghanische Regierung hat nach Angaben der deutschen Botschaft in Kabul kurzfristig bis zu einer Million neuer Reisepässe ausgestellt. Nun ist zu vermuten, daß ein Großteil dieser Pässe für die „Flucht“ nach Mitteleuropa verwendet werden soll . . . (tb)

4 EU-Abgeordnete gegen Fördermaßnahmen für Israelische Rüstungswirtschaft

In einem von 73 Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterzeichneten Schreiben fordern diese von der Hohen Repräsentantin der Europäischen Union, Federica Mogherini, eine sofortige Einstellung sämtlicher EU-Fördermaßnahmen für israelische Rüstungsunternehmen. Es geht den Parlamentariern dabei insbesondere um der Firma „Elbit Systems“ gewährte Fördergelder. Das Unternehmen ist eines der größten israelischen Rüstungswerke, das neben verschiedenen Waffensystemen und Drohnen über das Tochterunternehmen „Elbit Electro-Optics“ auch wesentliche Komponenten für den vom Internationalen Gerichtshof längst verurteilten „Sicherheitszaun“ lieferte.

Dieses von Israel als reine „Sicherheitsmaßnahme“ bezeichnete Bauwerk verstößt nicht nur gegen etliche völkerrechtliche Bestimmungen (weil es z.B. die Bewegungsfreiheit von Zehntausenden Palästinensern wesentlich einschränkt und die palästinensische Wirtschaft behindert), sondern wurde größtenteils auch auf palästinensischem Gebiet errichtet. (tb)

5 Israelischer Oberst zusammen mit IS-Kämpfern im Irak verhaftet

Bei einem Einsatz irakischer Sicherheitskräfte gegen eine IS-Gruppe „Takfiri“ der Terrororganisation IS (Islamischer Staat) ist ein israelischer Offizier im Rang eines Obersts mit festgenommen worden. Dieser hat insofern „schockierende Bekenntnisse“ gemacht, als er und zahlreiche weitere IS-Kämpfer angaben, seit Jahren mit israelischen Agenten zusammenzuarbeiten. Dies paßt bereits zu Meldungen der US-Zeitschrift „Veterans Today“, die bereits im März von der Festnahme israelischer und amerikanischer Staatsbürger durch irakische Sicherheitskräfte im Kampf gegen den IS berichteten. (eh)

6 Financial Times „spekuliert“ über Bargeld-Abschaffung

Die Financial Times gilt nach wie vor als eines der wichtigsten Sprachrohre der City of London. Wenn einer ihrer Autoren über eine bestimmte Entwicklung nachdenkt oder gar nur spekuliert, kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß diese Gedanken nicht allein dem Hirn des Autors entsprungen. Oft dienen derartige Artikel nur dazu, die Reaktion der Öffentlichkeit abzuschätzen.

In einem kürzlichen Artikel beschäftigte sich die Zeitung nunmehr mit den vermeintlichen Vorteilen einer Bargeld-Abschaffung. Gäbe es kein Bargeld mehr, so der Tenor des Artikels, könnten die geldpolitischen Instrumente der Zentralbanken eine sehr viel größere und wohl auch schnellere Wirkung als jetzt entfachen. Der schon heute nur noch sehr kleine Bargeldanteil an der gesamten Geldmenge reiche schließlich noch immer aus, die geldpolitischen Beschlüsse der Zentralbanken zu „verzerrern“.

Ganz offen wurde der Zusammenhang zwischen der Einführung sogenannter „Negativzinsen“ auch durch die britische Zentralbank und eine Bargeldabschaffung hergestellt. Nur wenn es keinerlei Bargeld mehr gäbe, können Negativ-Zinsen auch den „letzten“ Sparer noch zum Geldausgeben animieren, meinte das Blatt.

In dieselbe Kerbe schlug im übrigen auch der Chef-Ökonom der Bank of England, Andy Haldane. Er rechnet mit einer baldigen Einführung von Negativzinsen durch die britische Zentralbank, weil das zu schwache Wirtschaftswachstum letzten Endes diesen gravierenden Schritt geradezu erzwingt. Doch um die dann zu erwartende Flucht vieler Sparer ins Bargeld zu verhindern, forderte auch er die vorherige Abschaffung von Geldscheinen und Münzen. (tb)

7 Zweifel über den Verbleib des Bundesbankgoldes bleiben

Nachdem sich durch sogenannte „Whistleblower“ die Gerüchte verhärteten, daß weder in New York noch in London die vorgegebenen Goldbestände vorhanden sind und nur noch geringfügige Restmengen dort einlagern, versuchte die Bundesbank diese Zweifel zu zerstreuen. Einem Bundesbankbericht zufolge sollen per 31.12.2014 ca. 1196 Tonnen in Frankfurt, weitere 439 Tonnen in London, 308 Tonnen in Paris und 1450 Tonnen in New York bei der Federal Reserve einlagern.

Der Bericht der Bundesbank schien notwendig geworden zu sein, weil Rechtsexperten die bislang geübte Inventurpraxis der Bundesbank für rechtswidrig halten. Seit den 1970er Jahren gab es keine körperliche Bestandsaufnahme der Goldbestände – wie vorgeschrieben – mehr. Eigentlich wäre dies ein Bilanzvergehen durch den Bundesbankvorstand. Die nun veröffentlichte Inventurliste heilt diesen Zustand leider nicht vollständig. Veröffentlicht wurden Inventarlisten. Dies sind lediglich Notierungen bzw. Listen, unter denen die Barren als Eigentum der Bundesbank geführt werden. Persönlich hat niemand die aufgelisteten und angeblich eingelagerten Barren – zumindest in London und New York – gesehen. Seit den 70er Jahren verweigert die Federal Reserve sogar die Inaugenscheinnahme angeblich dort lagernder deutscher Goldbarren.

Besondere Brisanz erhält diese Veröffentlichung von Inventarnummern vor dem Hintergrund, daß die Großbanken an der COMEX (Goldbörse in New York) bereits zugaben, dort falsche Lagerungsangaben gemacht zu haben. Es gibt also keinen ausreichenden Beleg dafür, daß unter den Inventarnummern auch tatsächlich Gold physisch einlagert. Dazu wäre eine Veröffentlichung der Barrennummern erforderlich. Dies erfolgte in dem Bericht allerdings nicht. Zudem konnten die Zweifel nicht ausgeräumt werden, daß die im Ausland lagernden Goldbestände der Bundesbank überhaupt noch vorhanden sind. Aus Paris werden lediglich Goldbarren in der Menge der jährlichen Produktion aus Mali geliefert, aus New York nur sehr kleine Tranchen von bis zu 60 Tonnen pro Jahr, die mit den von den US-Streitkräften sichergestellten Mengen in der Ukraine und geliehenen Beständen aus Venezuela u.a. übereinstimmen. Die Originalbarren hat ohnehin niemand in Empfang genommen, sondern diese wurden angeblich vor der Auslieferung an die Bundesrepublik „umgeschmolzen“. Lediglich für die in Frankfurt einlagernden Goldbestände gibt es gerüchteweise Bestätigung aus dem Markt. Entsprechend bleiben zwei Drittel der deutschen Goldbestände weiter unbestätigt. (eh)

8 Straftaten von Asylforderern werden verschwiegen

Die kommunistisch-sozialistische thüringische Regierung mit Ministerpräsident Bodo Ramelow soll Recherchen der Lokalzeitung „Freies Wort“ zufolge die Polizei angewiesen haben, Straftaten von Asylforderern zu verschweigen. Nach Bekanntwerden wurde dies zwar durch die Landesregierung sofort demontiert und als Verschwörungstheorie abgewiesen, allerdings schon bald nach den erdrückenden Belegen durch entsprechende E-Mails kleinlaut als zutreffend eingeräumt.

Das Verhalten der politischen Funktionäre ist symptomatisch für die aktuelle Lage. Es wundert, warum und mit welcher kriminellen Energie die politischen Verantwortlichen den Rechtsstaat gegen die Interessen ihrer eigenen Bürger verbiegen, um den Austausch der eigenen Bürger durch Immigranten zu erreichen. Dabei wird auch nicht davor zurückgeschreckt, sich vor den Tatsachen zu verschließen, fernab der Realität zu diskutieren und die Presse durch unlautere Methoden „auf Linie zu bringen“.

Experten zufolge ist die überwältigende Mehrheit (mehr als 70 %) der zu erwartenden 1,5 Millionen potenziellen Immigranten unqualifiziert und für den deutschen Arbeitsmarkt chancenlos. Nur eine kleine Minderheit erfüllt die Grundvoraussetzungen, die für den deutschen Arbeitsmarkt notwendig sind, wie z.B. Lesen und Schreiben zu können, die deutsche Sprache zu beherrschen oder eine Berufsausbildung zu haben. Schon jetzt ist klar, daß diese nicht nur die deutsche Bevölkerungsstruktur verändern, sondern Nettonehmer der Sozialsysteme bleiben werden. Ebenso abschätzbar ist deshalb, daß diese Art der Immigration das deutsche Sozialsystem sprengen wird.

Es scheint eine breite Front politischer und lobbyistischer Funktionäre zu geben, die auch diese Tatsachen systematisch verschweigen, anders darstellen und sämtliche Kostenschätzungen bewusst zu niedrig ansetzen. Dabei ist eben diesen Funktionären bewusst, daß sie mit dieser politischen Agenda sich gegen die eigenen Bürger stellen, diese dies ablehnen und sie somit gegen ihren Amtseid verstoßen. Welche Macht reicht aus, um die Funktionäre derart gegen das eigene Volk in Stellung zu bringen? Angsteinflößend ist vor diesem Hintergrund, mit welchen totalitären Methoden die herrschenden Kreise dieses Programm gegen die deutsche Bevölkerung umsetzen. (eh)

9 Straßen sollen Kraftwerke werden

Tausende Quadratkilometer Land sind alleine in Deutschland für den Straßenverkehr versiegelt. Nun wollen Forscher diese Fläche für die Energiegewinnung nutzen. In Deutschland bietet eine junge Firma einen flexiblen Belag für versiegelte Flächen an, der dort ausgerollt werden kann, um pro Quadratmeter 100 Watt zu produzieren. Bereits 1 Kilometer derart ausgebauter Straße soll bis zu 150 Haushalte mit Strom versorgen können. In den USA versucht eine konkurrierende Firma, die Straßen mit sechseckigen Panzerglaselementen auszustatten. In diese sind sowohl Heiz- als auch LED-Elemente eingebaut. Damit soll nicht nur Strom produziert werden, sondern sollen Straßen im Winter von Eis befreit und Signale an die Autofahrer weitergegeben werden können. Die Elemente der US-Firma eignen sich vor allem für Einfahrten und Parkplätze. Noch sind derartige technologische Innovationen recht kostenintensiv, so daß diese sich wahrscheinlich erst mit der Massenproduktion durchsetzen könnten. (eh)

10 Flüchtlingswelle und Steuererhöhungen

Professor Bernd Raffelhüschen warnt seit etlichen Jahren vor den in keiner „Schuldenaufstellung“ aufgeführten Lasten, die künftigen Generationen aus heute fest zugesagten Leistungen der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung drohen, weil diesen keinerlei entsprechende Einnahmen gegenüber stehen werden. Sachlich und rechnerisch unangreifbar ermittelte Raffelhüschen mit der von ihm entwickelten Methode der „Generationenbilanzen“, daß den deutschen Beitrags- und Steuerzahlern hieraus allein bis zum Jahr 2050 zusätzliche Lasten von bis zu 8 Billionen Euro drohen können! Die deutsche Staatsverschuldung (Bund, Länder und Gemeinden) von aktuell rund 2,1 Billionen Euro fällt vor diesem Hintergrund – ein wenig zynisch gesprochen – schon gar nicht mehr ins Gewicht . . .

Nun wies Raffelhüschen auf eine weitere drohende Gefahr in Form der aktuellen Flüchtlingswelle hin, weil „die deutschen Sozialversicherungssysteme . . . in keiner Weise auf die Zuwanderung von einer Million Menschen vorbereitet“ seien. Zu den schon jetzt „Hunderttausenden unqualifizierten Arbeitslosen“ kämen jetzt „bis zu 1,5 Millionen Menschen dazu, von denen etwa 70 % ebenfalls unqualifiziert sind“. Statt zu einer Integration in den Arbeitsmarkt, da ist der Forscher sich weitgehend sicher, wird „es eher eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme“ geben. Dabei wird es sich als bilanztechnisch und tatsächlich unmöglich erweisen, die daraus resultierenden Kosten den Beitragszahlern aufzubürden. Gefragt sei schließlich die Staatskasse, die auf diese neue Herausforderung dann wohl nur noch mit weiteren und teilweise heftigen Steuererhöhungen wird reagieren können.

Eine weitere Kostenlast wird sich für das staatliche Sozialwesen auch aus der laut Raffelhüschen zu befürchtenden, deutlichen Zunahme der „Altersarmut“ ergeben. Dabei denkt Raffelhüschen nicht einmal in erster Linie an das zu erwartende Schicksal von immer mehr deutschen Rentnern, die am Ende ihres Arbeitslebens werden erfahren müssen, daß ihre hart erarbeiteten Rentenansprüche nicht mehr zur Deckung der steigenden Lebenshaltungskosten ausreichen. Der Forscher denkt in diesem Zusammenhang vielmehr auch an die jetzt in unser Land strömenden – und aller Voraussicht nach zum großen Teil hier verbleibenden – Flüchtlinge, die in den meisten Fällen allein schon wegen ihrer fehlenden beruflichen Qualifikation kaum so viel Geld werden verdienen können, um davon auch noch für „das Alter“ vorzusorgen. Die schon heute steuerfinanzierte „Grundsicherung“ im Alter wird deutlich auszubauen sein, was weiteren Steuererhöhungen den Boden bereitet. (tb)

11 Zu den Folgen der „Migration“ für jeden einzelnen von uns . . .

Noch sind einige Plätze für die kommende Nachmittagsveranstaltung von und mit Dr. Eike Hamer und Prof. Dr. Eberhard Hamer verfügbar. Mit gewohnt klaren Worten und sensiblem Hintergrundwissen werden beide auf die von ihnen erwarteten Folgen der in diesen Tagen massenhaft auftretenden „Migration“ für jeden einzelnen von uns sowie die aktuellen und überaus spannenden geostrategischen und finanzpolitischen Entwicklungen eingehen. Ziel ist es wie immer, den Teilnehmern einen verlässlichen Ausblick auf das kommende und die folgenden Jahre zu geben.

Die Veranstaltung findet am 20. November 2015 ab 14 Uhr in Hannover statt. Der Teilnahmebeitrag (inklusive Abendessen und aller Getränke) beträgt 175,- € pro Person (mit Begleitung 300,- €). Wir bitten Interessenten höflichst um eine möglichst umgehende Kontaktaufnahme mit unserem Buchversand in Hoya/Weser (Tel.: 04251/561, Fax: 04251/3070, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de) und danken hierfür im voraus herzlich. (tb)

12 Im Jahr 2020 unregierbar

Im privaten US-Dienst Stratfor geht man davon aus, daß die aktuelle Flüchtlingskrise den Zerfall der Europäischen Union beschleunigen wird. Und die „Washington Post“ zitierte neulich den früheren Chef des US-Geheimdienstes CIA, Michael V. Hayden, mit der Feststellung, daß Deutschland nun spätestens im Jahr 2020 unregierbar sei. Die CIA prognostizierte darüber hinaus schon vor einiger Zeit auch für Deutschland eine stark zunehmende Bürgerkriegs-Gefahr. (tb)

13 „Warnung“ vor Anleihen und Anleihefonds

Die jahrzehntelange Regel, nach der zur „Absicherung“ eines Depots auch festverzinsliche Wertpapiere (sogenannte Anleihen) gehören, hat vor dem Hintergrund der stets schwelenden Staatsschulden- und Eurokrise längst ihre frühere Bedeutung eingebüßt. Im Gegenteil: Vor dem Erwerb von Anleihen – insbesondere solchen mit noch längerer Restlaufzeit – kann im Augenblick nur gewarnt werden. Und dies nicht allein vor dem Hintergrund eines möglichen Zusammenbruchs des derzeitigen Währungssystems mit der Gefahr einer katastrophalen Euro-Äbwertung.

Zu erheblichen Wertverlusten bei Anleihen führt nämlich auch eine Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus. Bei einer noch zehn Jahre laufenden Anleihe führt nach einer Faustregel eine Erhöhung des Zinsniveaus um nur einen halben Prozentpunkt bereits zu einem rechnerischen Wertverlust von bis zu 4 %. Und obwohl die Europäische Zentralbank erst kürzlich eine auch weiterhin offensive Geldpolitik mit Niedrigstzinsen „versprach“, werden sich nach derzeit verbreiteter Expertenauffassung spätestens ab dem Jahr 2017 moderate Zinserhöhungen auch im Bereich des Euro wohl kaum noch vermeiden lassen. Mittelfristig ist ein Zinsanstieg auf ein Niveau von 2 % bis 3 % deshalb durchaus wahrscheinlich, was bei den vorgenannten, lange laufenden Anleihen zu Kursverlusten von bis 20 % führen würde.

Natürlich ist auch dann niemand gezwungen, die Anleihen zu dann nur noch 80 % ihres Einstandswertes zu verkaufen. Man könnte schließlich auch das offizielle Laufzeitende abwarten, zu dem die Anleihe dann den Anleihebedingungen gemäß zu i.d.R. 100 % zurückgezahlt werden soll. Doch bis dahin, darüber sollte sich jeder Anleger im Klaren sein, muß man sich dann mit „Minizinsen“ begnügen, während andere Anlagemöglichkeiten längst wieder höhere Zinsen brächten. Ganz zu schweigen von dem Emittentenrisiko (wer eine Anleihe herausgibt, kann auch Pleite gehen) und dem nie auszuschließenden Risiko, daß es zwischendurch zu einem Euro-Crash mit entsprechendem Wertverlust kommen könnte. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Anleihefonds.

Wer von Anleihen nicht die Finger lassen möchte, sollte daher zur Zeit nur noch solche mit einer kurzen (Rest-)Laufzeit von weniger als einem Jahr kaufen. Dies ist ein überschaubarer Zeitraum (in dem währungstechnisch allerdings noch immer viel geschehen kann) und bei Schuldnern von noch guter Bonität dürfte bis dahin auch die Anleihe-Rückzahlung gesichert bleiben.

Für diejenigen, die keine alternativen Anlagemöglichkeiten (z.B. Edelmetalle oder Immobilien in ausgewählten Lagen) nutzen möchten, bleibt vor diesem Hintergrund nur, das Geld auf einem Tages- oder Termingeldkonto zu parken und zu hoffen, daß die betreffende Bank nicht eines Tages noch Negativzinsen erhebt und/oder die laufende Geldentwertung nicht zu stark steigt. Auf der anderen Seite steht bei dieser auf den ersten Blick wenig phantasievollen Anlageform die Möglichkeit, jederzeit und schnell auf sich später eventuell bietende Anlagechancen oder Gefahren (z.B. im Falle eines sich abzeichnenden Währungscrashes) reagieren zu können! (tb)

14 Neue „Vermieterbescheinigung“

Ab dem 1. November müssen Vermieter (bzw. deren Beauftragte, wie z.B. Wohnungsverwalter) ein- oder ausziehenden Mietern den Umzug schriftlich bestätigen. Unterbleibt diese Bestätigung oder erfolgt sie nicht fristgemäß (innerhalb zwei Wochen nach dem Ein- oder Auszugstermin), droht den Vermietern ein Bußgeld von bis zu 1000 Euro. Und die Wahrscheinlichkeit, daß die Meldebehörde dieses Unterlassen auch erfährt, ist recht hoch geworden. Denn auch Mietern droht ein Bußgeld in der vorgenannten Höhe, wenn sie sich nicht fristgemäß ummelden. Und bei jeder An- oder Abmeldung muß der Meldepflichtige die Vermieterbestätigung vorlegen. (Es wird allerdings angestrebt, daß ab einem späteren Zeitpunkt die Vermieterbescheinigung auch auf elektronischem Wege direkt bei der zuständigen Meldebehörde abgegeben werden kann.) Eine Meldepflicht besteht im Übrigen auch für sogenannte „Untermieter“, so daß die zukünftige Bescheinigungspflicht der Vermieter sich auch auf die Untermieter ihrer Hauptmieter erstreckt.

Eine Vermieterbescheinigung war bis zum Jahr 2002 schon einmal Bestandteil jeder An- oder Abmeldung. Danach war sie nicht mehr erforderlich und jedermann konnte sich praktisch unter jeder Adresse anmelden ohne nachweisen zu müssen, daß er dort auch tatsächlich lebt. Dies machte nach Behördenangaben nicht nur Verbrechern das Leben leicht, sondern es kam auch immer häufiger zu Scheinanmeldungen, um z.B. ein bestimmtes Nummernschild zu erhalten oder um für ein Kind einen Platz in einer bestimmten Schule etc. zu bekommen.

Ein unverbindliches Muster für die nun wieder erforderliche Vermieterbescheinigung senden wir Ihnen gegen Einsendung eines an Sie adressierten und mit 0,62 € frankierten Rückumschlags gerne zu. Bitte richten Sie Ihre Zuschrift entweder an die Redaktion in D-78266 Bisingen oder an unseren Buchversand in Hoya (Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser). Vielen Dank! (tb)

15 Für Sie aufgelesen:

„Manche gelten als geistreich – und sind dennoch verschuldet.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen (BLZ 69251445) Konto-Nr. 8104440. Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27322 Eyrstrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.